



Im Höxteraner Gewerbe- und Industriegebiet „Zur Lüre“ sind viele Betriebe ansässig. In 2022 sollte laut Stadtverwaltung die Gewerbesteuer erhöht werden. Foto: Harald Ilding

Bürgermeister und Kämmerei schlagen in Vorlage neue Belastungen vor – schnelle Distanzierung in der Sitzung

Politiker gegen Steuererhöhungen

Von Michael Robrecht

HÖXTER (WB). Der Haupt- und Finanzausschuss in Höxter hat eine von Bürgermeister Daniel Hartmann unterschriebene Verwaltungsvorlage, die deutliche Steuererhöhungen für die Betriebe und die Bürger 2022 vorgeschlagen hatte, vom Tisch gefegt. Bei drei Enthaltungen (BfH und UWG) und einer Ja-Stimme (Grüne) wurde jede Belastung in Krisenzeiten strikt abgelehnt. Vorgeschlagen worden war von der Stadt, die Gewerbesteuer von 440 auf 445 Prozentpunkte anzuheben. Zudem sollte die Grundsteuer A (agrarisch genutzter Boden) von 315 auf 330 und die Grundsteuer B (Grundstücke) von 510 auf 550 von Hundert erhöht werden. 550.000 Euro würde das an Mehreinnahmen bringen, rechnete Andreas Brandl (Abteilungsleiter Finanzen) vor. Er sprach zu-

dem offen von einer bevorstehenden neuen Haushaltssicherung für Höxter, und das, obwohl die Gewerbesteuererinnahmen sich gut entwickelten und das Defizit für 2021 von geplanten 1,1 Millionen auf 200.000 Euro geschmolzen ist.

Über die Verwaltungsvorlage „Anhebung der Realsteuerhebesätze“ gab es schon im Vorfeld Verwunderung in den Parteien. Für die CDU passte das alles so gar nicht in diese belastende Zeit (Bericht vom 7. Dezember) und wurde als schlechtes Signal an Bürger und an alle Betriebe bewertet.

Bürgermeister Hartmann hatte in den vergangenen Tagen wegen der Sitzungsvorlage mit den Steueranhebungen Kritik einstecken müssen und wollte in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss dann auch von einer Steuererhöhung überhaupt nichts mehr wissen. Er lehne das zum jetzi-

gen Zeitpunkt ab. Ja, er habe die Vorlage unterschrieben. Er führe aber doch nur das aus, was CDU und SPD im 2020er Doppelhaushalt für 2022 vorgeschlagen hätten. Als Bürgermeister müsse er sich an geltende Ratsbeschlüsse halten. „Der alte Rat hat das beschlossen!“ Seit dem Januar 2020, als der Etat gebilligt worden sei, habe sich wegen der Corona-Krise viel getan. Auch er sehe ein falsches Signal, erkenne Belastungen der Firmen, der Gastronomie und des Handels durch eine hohe Gewerbesteuer und durch die Grundsteuer B besonders für junge Familien. Mit Blick auf kommende Haushalte sei eine Anhebung nötig, aber nicht jetzt.

Günter Wittmann (SPD) wunderte sich über die Verwaltungsvorlage und bezeichnete Steuererhöhungen jetzt als nicht zumutbar. CDU und SPD hätten das 2020 vor der Pandemie

plausibel geplant, aber jetzt sei die Lage doch eine völlig andere. Zudem müsse man mit Blick auf die drohende Haushaltssicherung die vielen teuren Projekte in Höxter neu denken. Und: 550.000 Euro durch Steuererhöhungen stopften nicht die Haushaltslöcher.

Berno Schlanstedt (Grüne) wunderte sich über den Bürgermeister: Der unterschreibe eine Sitzungsvorlage und eliminiere deren Aussagen und Ankündigen mal eben in der Sitzung. „Steuererhöhungen waren doch ein falscher Vorschlag. Da passt nichts zusammen. Das irritiert mich“, so Schlanstedt.

Günter Ludwig (CDU) zeigte sich ebenso verwundert über die Haltung von Bürgermeister Hartmann. Er habe den alten Vorschlag von 2020 aufgenommen, die Steuererhöhungen vorgeschlagen und sei dann in der Sitzung plötzlich dagegen. Die CDU habe da eine klare

Haltung: keine Anhebung von Grundsteuern und Gewerbesteuern. „Als wir schon im Januar’21 wegen des Lockdowns Steuererleichterungen gefordert haben, da wurden wir als CDU von allen ans Kreuz genagelt“, erinnerte er.

Martin Kreuzer (FDP) wies darauf hin, dass die Gewerbesteuer in Höxter 162 Prozentpunkte höher liege als in Holzminden: „Und dann will die Stadt mal eben um 40 Prozentpunkte erhöhen. Das geht gar nicht.“ Die Personalkosten bei der Stadt gehörten vielmehr auf den Prüfstand. Ralf Dohmann (BfH) stellte fest, dass nicht alle 2020 für den Doppelhaushalt gestimmt hätten. Der Erhöhungsplan sei eine Zumutung. Die alte GroKo habe das zu verantworten. Hans-Josef Held (SPD) kritisierte die Debatte und hätte sich einen ernsthafteren Umgang mit dem Thema gewünscht. | **Kommentar**